

Weihnachten 2021 – schaumgebremst

*Erst wenn Weihnachten im Herzen ist, liegt
Weihnachten auch in der Luft.*
(William Turner Ellis)

Glühweinduft aus einem einsamen Imbiß auf der Reichenstraße, Lebkuchengewürz beim Stollen backen, der mit Herrnhuter Sternen behangene Baum am „Schliebenkreisel“, der wieder gefundene Räuchermann, rote

Weihnachtssternblumen im Supermarkt, ein duftendes Teelicht, welches ein Weihnachtsmotiv aufleuchten läßt im kühlen Büro...
Dann, nach zwei durchlebten unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen gegen friedlich demonstrierende Bürger unserer Stadt fühlen sich mein Herz und meine Seele, des leisen Weihnachtsgefühls beraubt, schlicht leer an.

Advent-Erwartung-Ankunft- Aufbruch in eine neue Zeit; langsam tröpfelt es mit jeder aufscheinenden Kerze wieder in Herz und Hirn:
Jetzt, GERADE jetzt wird Weihnachten.
Mögen Sie alle Kraft tanken in dieser Weihnacht 2021 für ein starkes neues Jahr!

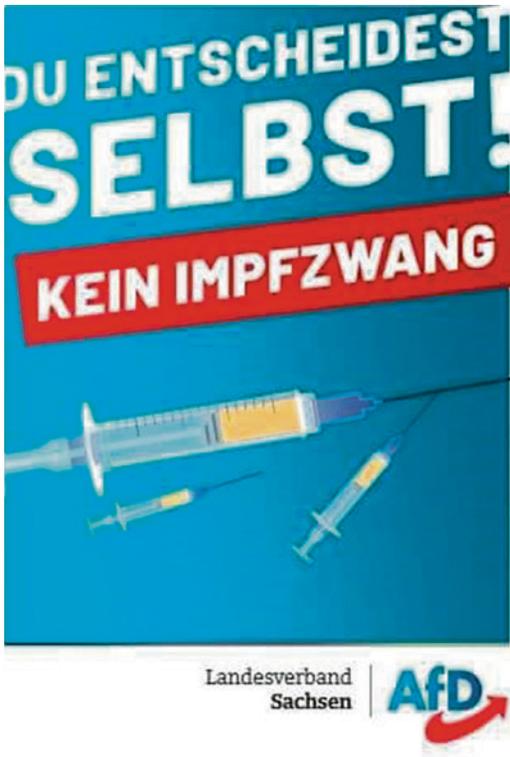
Carla Nicholson, AfD-Mitglied



In diesem Jahr können wir trotz eines Wahlkampfes unter erschwerten Bedingungen, dankbar auf gute Wahlerfolge für unsere Partei in Sachsen blicken. Als einzige verbliebene Volkspartei geht unsere Arbeit für Sie und unser Land im Bundestag weiter.

Eindringlicher denn je bitten wir Sie, unsere Mitglieder, Unterstützer und Wähler, um aktive Mitarbeit in dieser von massiven Freiheitseinschränkungen und den schädigenden Auswirkungen links/grüner Politik geprägten Zeit.

Wir wünschen Ihnen, daß Sie in der kommenden Weihnachtszeit Kraft sammeln können für ein starkes neues Jahr 2022!



Mit seinem Urteil vom 30.11.2021 setzte der 1.Senat des Bundesverfassungsgerichts unser Grundgesetz in großen Teilen faktisch außer Kraft. Die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte, welche als Abwehrrechte gegen den Staat, vor allem in Krisensituationen, in das Grundgesetz geschrieben wurden und auch noch mit einer Ewigkeitsklausel versehen sind, haben praktisch aufgehört zu existieren. Mit der Verkündung des Urteils begann auch die Diskussion über

Intellektueller sind. Schließen Sie sich den Protesten der Bürgerbewegungen an. Werden Sie Mitglied der Alternative für Deutschland, der einzigen Partei, die ohne Wenn und Aber die freiheitlich demokratische Grundordnung verteidigt. Es geht um die Zukunft unserer Nachkommen. Sie sollen ein freies und selbstbestimmtes Leben führen. Lassen Sie sich nicht von Leuten abhalten, die der Meinung sind, dass ja alles nicht so schlimm sei. Von Frau Marie von Ebner Eschenbach stammt das Zitat: „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.“ Die Geschichte zeigt aber, dass diejenigen, die sich mit der Unfreiheit arrangieren, die gleichgültig auf das Unrecht, das Anderen angetan wird, diese Gleichgültigkeit letztendlich bitter bereuen. Sie werden schlussendlich ebenfalls Spielball der Despoten. Diejenigen, die auf das Unrecht gegenüber Anderer tatenlos schauen, müssen sich nicht wundern, wenn dann, wenn ihnen selbst Unrecht angetan wird, niemand mehr da ist, der sie verteidigen könnte. Also lassen Sie uns solidarisch zusammenstehen für ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit.



einen allgemeinen Impfwang. Von der „Faktenfinderseite“ der Bundesregierung wurde plötzlich die Aussage, dass es keine Impfpflicht geben wird, entfernt. Alle Politiker der Altparteien (bis auf wenige Ausnahmen), allen voran, die der Ampelparteien und der CDU, die eine Impfpflicht vor der Wahl ablehnten, befürworten diese nun. Das ist der größte Wählerbetrug der Nachkriegsgeschichte. Alle, die diese Entwicklung prognostizierten, wurden als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Was gestern noch als absurde Behauptung bezeichnet wurde, ist heute Realität. Was heute als absurd und nie und nimmer eintretbar oder denkbar erscheint, wird die Realität von morgen sein, wenn nicht endlich ALLE, die sich gegen die Aushebelung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung wenden, von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch machen. Dabei ist es völlig egal, ob Sie Arbeitnehmer, Angestellter, Unternehmer oder

Karsten Hulse, MdB



95% der Corona-Toten sind älter als 60 Jahre. Laut RKI waren im Zeitraum 25.10.-21.11.2021 mehr als die Hälfte aller Corona-Toten vollständig geimpft.

Starbawahrscheinlichkeit in Prozent nach Altersgruppen (laut RKI) in Folge einer Coronainfektion:

0-14	0.003
15-34	0.015
35-59	0.225

Anstieg von Notaufnahmeverstellungen pro Tag mit Herzproblemen.

Quelle: STBFF, Notaufnahmen - Strahlungsreport, 8/21

Bundesregierung 22.11.2021: „Bei einem von 5.000 Geimpften tritt eine schwerwiegende Nebenwirkung wie eine Herzmuskelerntzündung auf.“

Impfung	Gemeldete Nebenwirkungen	Zeitraum
Mumps-Impfung	713	1992-2021
Röteln-Impfung	2.620	1971-2021
Masern-Impfung	5.828	1968-2021
Pocken-Impfung	6.894	1968-2021
Tetanus-Impfung	15.113	1968-2021
Hepatitis A-Impfung	46.936	1989-2021
Hepatitis B-Impfung	104.831	1984-2021
Polio-Impfung	122.297	1968-2021
Meningokokken-Impfung	127.267	1976-2021
Parasitoiden-Impfung	277.057	1980-2021
Grippe-Impfung	272.694	1968-2021
COVID-19-Impfung	2.528.431	2020-2021

Jeder andere Impfstoff mit derart vielen Nebenwirkungen wäre längst vom Markt genommen worden!

Jetzt soll sogar alle 6 Monate damit geboostert werden!

my body my choice

Mein Körper gehört mir!

Art 2 GG (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.

Jeder Bürger hat das Recht, frei zu entscheiden, ob er sich impfen lassen möchte. 2G und 3G sind Formen der Nötigung und Diskriminierung und passen zu einem totalitären, nicht aber zu einem freiheitlichen System. Anstelle eines Impfwangs braucht es eine flächendeckende Erfassung und Aufklärung der Bevölkerung über Nebenwirkungen und Wirksamkeit der Impfstoffe, damit die Menschen in der Lage sind, zu entscheiden, ob eine Impfung für sie sinnvoll ist.

Wir von der AfD stehen ohne Wenn und Aber zur Freiheit und zum Grundgesetz und verteidigen die Selbstbestimmung jedes Einzelnen mit aller Kraft.

V.l.s.d.P.: Martin Sichert MdB, Willy-Brandt-Platz 10, 90402 Nürnberg

Dilettanten im Amt

Die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Wer in den personellen Besetzungen des letzten Merkel-Kabinetts den Tiefpunkt in Sachen Kompetenz erreicht sah, hat sich getäuscht. Schlimmer geht's immer – und zwar auf der ganzen Linie. Claudia Roth, Cem Özdemir, Regine Lambrecht belegen dies exemplarisch-eindrucksvoll.

So auch Annalena Baerbock. Deutschland bekommt unter Kanzlerin Angela Scholz eine Außenministerin, deren Lebenslauf selbst einen wechselnden Lebenslauf hat, und die von „feministischer Außenpolitik“ träumt. Die Vertretung deutscher Interessen hingegen scheint im Koalitionsvertrag von Rot-Gelb-Grün nicht vorgesehen zu sein.

Diese Mixtur aus Politik-Phrasen und Regenbogenlyrik - unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ enthält den Plan, Deutschland auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichen Gebiet umzubauen.

Den Klimaschutzzielen von Paris mit dem „1,5-Grad-Ziel“ gilt oberste Priorität. Jedes Gesetz, jede Entscheidung in den Ministerien wird fortan der „Klimarettung“ untergeordnet. So verwundert es nicht, dass im Papier gut 200 Mal das Wort „Klima“ vorkommt. „Deutschland“ hingegen liest man

darin nur rund 150 mal.

Energie-Planwirtschaft*, Staatswirtschaft, Politisierung **aller** Lebensbereiche sind die mit kulturmarxistischen Bausteinen gepflasterten Wege in den Klimasozialismus.

Viele der Verkündigungen sind widersprüchlich bzw. von Wunschdenken geprägt. So stellt sich zum Beispiel die Frage, wie beim zu erwartenden Wohlstandsverlust durch die existentielle Gefährdung der deutschen Industrie (dank zahlreicher neu geschaffener Anreize) der zunehmende Einmarsch bildungsferner Einwanderer ins Sozialsystem bezahlt werden soll.

Die Ansagen sind – wie bei der Ampel im Straßenverkehr – klar. Dafür stehen „Grün“ und „Rot“. Optimisten, die erhofften, der Mehrheitsbeschaffer „Gelb“ könne irgendwie das Schlimmste verhindern, dürften nun nach dem schnellen Umfallen der Lindner-Truppe in Sachen Impfpflicht eines Besseren belehrt sein.

Und die Opposition? Was wird die CDU in der Opposition tun? Applaudieren bei der Vollendung von Merkels Werk? Noch mehr davon fordern wie Die Linke es in ihrer Rolle als inoffizielles Anhängsel der Koalition tut? Oder besinnt sie sich auf ihre Wurzeln? Bis



dahin dürfte zumindest viel Zeit vergehen. Für die AfD als die einzige wirkliche Oppositionspartei wird es härter denn je. Für unseren freiheitlich-patriotischen Kampf benötigen wir auch Ihre Unterstützung, liebe Leser!

*Jörg Urban, Mdl
AfD-Landesvorsitzender Sachsen*

*Der darin geplante vorgezogene Kohleausstieg dürfte Sachsen besonders teuer zu stehen kommen!

Blackout? Regierung ahnungslos – Viele Tote und zwei Billionen Euro Schaden

Die Staatsregierung hat keine Ahnung, welchen Schaden der zweistündige Stromausfall in Dresden im September angerichtet hat (AfD-Anfrage 7/7884). Erste Unterneh-

men gaben dagegen ihre Schäden bekannt: Allein der Chiphersteller Infineon musste 50 Millionen Euro Verlust verbuchen.

Experten gehen davon aus, dass ein flä-

chendeckender und länger andauernder Stromausfall – ein sogenannter Blackout – bis zu zwei Billionen Euro Schaden und viele Tote zur Folge hätte. Dann wäre auch die kritische Infrastruktur wie Krankenhäuser, Wasserversorgung, Tankstellen und IT-Steuerung im großen Stil betroffen.

„Solche Szenarien kommen leider jeden Tag näher auf uns zu“, klagt der AfD-Abgeordnete Timo Schreyer. „Die grün-schwarze Landesregierung hat unsere Energiesicherheit auf dem Altar ihrer gescheiterten Energiewende geopfert. Weltweit einmalig will die Regierung aus beiden grundlastfähigen Energieträgern Kohle und Kernenergie gleichzeitig aussteigen.“

Der Flatterstrom aus Wind- und Solaranlagen kann unsere moderne Industriegesellschaft nicht sicher mit Energie versorgen. Deshalb wird die AfD-Fraktion weiter dafür kämpfen, dass die Kernenergie nicht Ende dieses Jahres abgeschaltet wird, in neue, moderne Kernkraftwerke investiert werden kann und der Kohleausstieg maßvoll vorstangeht.“

Timo Schreyer, Mdl



Offener Brief an die Mitarbeiter des Ausländeramtes

Sehr „geehrte“ Mitarbeiter des Ausländeramtes, am Schluss Ihres formlosen Informationsschreibens, an die „Anwohner der Dresdener Straße 14“ bezüglich der „Wiederinbetriebnahme der Asylunterkunft“ nach Art der „Friss Vogel oder stirb“-Methode abgefasst, bitten Sie um unser „Verständnis in der Sache“.

Diese „Sache“ beeinträchtigt unsere TÄGLICHE Lebensqualität, unsere psychische Gesundheit UND SICHERHEIT durch die mehrfache Belegung der ehemaligen Schule, welche DIREKT an unser Haus und unseren Garten grenzt, bis 2018 bereits massiv!

Nehmen Sie folgendes zur Kenntnis:

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS DAFÜR, meine Privatsphäre, meinen letzten Rückzugsort in diesen irren Zeiten, für welchen ich auch noch monatlich Erbbaupacht zahle, zu opfern.

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS für 24 Stunden Dauerlärm durch lautstark geführte stundenlange Telefongespräche an offenen Fenstern, laute Musik an SIEBEN TAGEN der Woche, Festbeleuchtung zu nachtschlafender Zeit, dazu Starren in unser Garten (in welchem ich mich nicht mehr ungezwungen bewegen kann) und in unser Haus, so dass ich mich gezwungen sah, alle Fenster zur Gartenseite hin mit Sichtschutzfolien zu bekleben. In diesem Chaos hat unsere Tochter auch noch ihr Abitur machen müssen!

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS dafür, dass diese Regierung seit 2015 fortlaufend die vorhandenen Asylgesetze bricht und damit kulturfremden (größtenteils) Wirtschaftsmigranten die ILLEGALE Einreise bis direkt in die soziale Hängematte ermöglicht.

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS DAFÜR, dass in dieser angeblich so schrecklichen Pandemie, in welcher uns Bürgern dieses Landes die im Grundgesetz garantierte Freiheit bis in persönlichste Bereiche genommen wird, Migranten in unser Land eingeladen werden, dessen Grenzen für diese offen stehen wie Scheunentore, während wir seit zwei Jahren kaum mehr ohne demütigende Repressalien erfundener „G's“ in ein anderes Bundesland reisen dürfen, geschweige denn vor Ort einkaufen! Bei Migranten gilt selbst das Röntgen der Handknochen zur Altersfeststellung als „Eingriff in das Persönlichkeitsrecht“. Ganz zu schweigen davon, welche bei uns schon besiegt



gegläubten Krankheiten sie einschleppen. Sicher wird jeder Einzelne sofort auf alles getestet und durchgeimpft. Der Verlust des Reisepasses und die Annahme mehrerer Identitäten zur Erschwindelung von noch mehr üppigen Geldleistungen, ist schon Routine. Von dem von uns erarbeiteten Geld, werden dann auch noch beträchtliche Summen ins Heimatland überwiesen. Oder man verbringt mal eben einen schönen Urlaub daheim, wo natürlich ansonsten absolut unzumutbare Verhältnisse herrschen. Wir Bürger Deutschlands kommen für alles auf, kein Problem! Wir werden einfach dazu gezwungen.

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS DAFÜR, dass allein im Landkreis Bautzen nach wie vor 700 von 1.200 dieser, zum großen Teil aggressiven und kriminellen Asylforderer (Messerstechereien, Vergewaltigungen) der bis heute andauernden letzten Flutungswelle nicht abgeschoben worden sind!

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS DAFÜR, dass Sie vorgeben, über „Alter und Familienstatus der Menschen“ keine Aussage machen zu können. Es sind 80 bis 100 der brutal agierenden, kraftstrotzenden jungen Männer, zum größten Teil auch noch Analphabeten, welche mit Baumstämmen, Eisenrohren und Steinen gegen polnische Grenzschützer vorgegangen sind. Wo war der deutsche Grenzschutz? Mit der Kontrolle der eigenen Mitbürger in deutschen Städten beschäftigt? Schauen Sie sich die schockierenden Videos von der polnisch-weißrussischen Grenze zur Auffrischung Ihrer Erinnerung im Netz an!

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS DAFÜR, dass Sie uns für derart dumm halten, dass wir nicht bemerken würden, wie Sie klammheimlich Migranten in leerstehende Wohnungen in Bautzen verteilen, die mir dann grüppchenweise z.B. auf der Friedensbrücke begegnen und mich sicherheitshalber die Straßenseite wechseln

lassen. Selten ist mal eine bekopftuchte, gebärfreudige sehr junge Frau dabei. Wie viele sie wohl in dieses Land befördert haben, wenn Sie sie nicht mehr still und ohne großes Aufsehen auf leerstehende Wohnungen verteilen können? Halten Sie uns wirklich für derart dumm, dass wir darüber nicht mit Schrecken nachdenken?

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS DAFÜR, dass Sie keine Anwohnerversammlung durchführen können. Als ob Sie das jemals vorgehabt

hätten! WIR ANWOHNER haben damals einen Termin im Landratsamt machen müssen, zu dem der Herr Landrat Harig leider plötzlich verhindert war. Der Regierung sei Dank, dass da jetzt dieses ominöse Virus mit seinen Mutanten wütet, und Sie sich nicht wenigstens der Form halber mit widerspenstigen Anwohnern auseinandersetzen müssen.

NEIN; ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS DAFÜR, dass Sie anordnen, wie und unter welchen Umständen ich zu leben habe!

NEIN, ICH HABE KEIN VERSTÄNDNIS DAFÜR, dass Sie angeblich „...in der Pflicht sind, weitere Unterkünfte zu schaffen...“ Jeder kann Einspruch erheben, Sie als „Ausländeramt“ und vor allem der Herr Landrat, wenn Sie das Wohl der Bürger dieser Stadt und des Landkreises im Sinn hätten und Rückgrat! Stattdessen verdienen sich Firmen und Dienste der einsetzenden Maschinerie der Asylindustrie jetzt wieder eine goldene Nase: Von Anwälten, Betreuern und Sozialarbeitern, bis hin zu den Sicherheitsdiensten, die für die I-phone-bewehrten, Designersachen tragenden „armen Menschen“ bereit stehen müssen, um wenigstens den Anschein von Sicherheit zu wahren.

Ich lehne die „Wiederinbetriebnahme“ der Asylunterkunft in der Dresdener Straße 14 vollumfänglich ab. „GEMEINSAM die Herausforderung meistern?“ Wähnen Sie mich im Märchenland der Plattitüden? Ich brauche jetzt und hier keine von Ihnen herbeizitierten weiteren „Herausforderungen“. Nochmals: „Meistern“ Sie zuerst die Anwendung des bereits bestehenden Asylgesetzes. Dann ersparen sie uns – und damit meine ich im konkreten Fall meine Familie und die der benachbarten Häuser- diese neue zusätzliche Katastrophe!

GENUG IST GENUG!

Ein Anwohner

Worte zum Verlauf der Debatte „Wiedererrichtung des Bismarck-Denkmal auf dem Czorneboh“

Der Verein „Bautzener Liedertafel – Verein für Liedgut und Heimatpflege e. V.“ plante der Stadt Bautzen auf städtischem Gebiet, auf dem Czorneboh, die Wiedererrichtung des Bismarckdenkmals zu schenken.

Anlässlich des 150. Jubiläums der Einigung der Deutschen Nation und des Deutschen Reiches, welche Fürst Bismarck als damaligem preußischen Ministerpräsidenten und erstem Reichskanzler maßgeblich zu verdanken ist, hätte eine Wiedererrichtung die nötige Ehrfurcht und Achtung vor dieser deutschen Größe mit sich gebracht.

Auch wenn, wie der Oberbürgermeister erklärte, Bismarck eine deutsche Staatsgröße mit „ambivalentem Hintergrund“ darstellt, was für historische Persönlichkeiten der Regelfall sein sollte, bieten sich sein Verdienst, seine Ansichten, letztendlich seine Vita perfekt als Diskussionspotenzial für politisch unterschiedlich eingestellte Menschen an. Man hätte eine Möglichkeit für sachliche Diskussionen und kritische Fragen schaffen können. Stattdessen soll die Debatte unterbunden werden.

Für uns, als deutsche Patrioten, steht fest, dass Bismarck unverhandelbar ein großer deutscher Staatsmann war, welcher mit seinem diplomatischen Geschick nach einer langen Zeit des Krieges und Umbruchs in Europa, einen Frieden für über 40 Jahre brachte und die deutschen Länder, nach dem Zerfall des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahre 1806, wieder einigte.

Abgesehen von der formalen Einigung der Nation brachte die damalige Reichsregierung, mit großem Einsatz Bismarcks verabschiedete Sozialgesetze, Wohlstand, Sicherheit und lieferte feste weltanschauliche Grundlagen für den Nachwuchs des Volkes durch die allgemeine Hebung des Bildungsniveaus.

Im Stadtrat stand die Beschlussvorlage zur Wiedererrichtung am 06.10.2021, im Hauptausschuss, das erste Mal auf der Tagesordnung. Es gab keine Gegenstimme, nur zwei Enthaltungen. Auch die Stadträte der Altparteien stimmten dafür, oder enthielten sich.

Nachdem sich erste sorbische Institutionen zu Wort meldeten, sprang die Presse ein und machte aus einer kommunalpolitischen Angelegenheit eine überregionale politische Debatte. Die „Sächsische Zeitung“ oder wohl eher das „Sozialdemokratische Schmierblatt“ nutzte die Möglichkeit und veröffentlichte fast mehrmals wöchentlich „politisch korrekte“ Inhalte durchtränkt mit

ethnomasochistischen Tendenzen und anti-deutschen Ansichten.

Auf Initiative der Grünen und Linken kam die Beschlussvorlage durch einen Aufhebungsantrag auf die Tagesordnung des Stadtrates, wo erneut über die Beschlussfassung debattiert werden sollte.

Aufgrund des allseits bekannten „links-grünen“ Öffentlichkeitsdrucks, nicht zuletzt gepaart und gefördert durch die Systempresse, kippten einzelne Stadträte der Altparteien um und distanzierten sich von ihrem eigenen Votum. Eine Peinlichkeit, welche die Entscheidungsfähigkeit und den eigenen Horizont dieser Leute in Frage stellt.

Roland Fleischer (SPD) meinte, er habe sich „eines Besseren belehren lassen“.

Klaus Gruhl (Bündnis 90 – die Grünen) hetzte gegen die Person Bismarck und die Wiedererrichtung des Denkmals. Es folgten die üblichen antideutschen Kampfbegriffe. Er warf Bismarck „chauvinistischen Nationalismus“ vor und begründete dies mit seiner Kriegspolitik in den 1860er Jahren und der Kolonialpolitik. Was ihm anscheinend nicht bewusst war ist, dass zur damaligen Zeit Krieg ein politisch legitimes Mittel war und allen Nationen zur Durchsetzung politischer Überzeugungen diene.

Diese Ansicht sollte aus gutem Grund der Vergangenheit angehören. Ich bin der Überzeugung, dass auch jede europäische Nation daraus ihre Lehren gezogen hat.

Bezüglich der Kolonialpolitik kann man nur eines sagen: Es ist vollumfänglich davon auszugehen, dass Bismarck diese nicht wollte, da er sich mehrmals dagegen positionierte. Nur war er eben kein Autokrat und die politischen Entscheidungen der Regierung hatte er nicht allein zu tragen.

Diese Tatsachen konnte Klaus Gruhl anscheinend nicht anerkennen, was anscheinend auch der Tatsache geschuldet ist, dass aus ihm die Krankheit der liberal-kapitalistischen Systeme des Westens spricht. Es ist der Ethnische Masochismus.

Aufgrund der Medienöffentlichkeit und des Drucks ist der Stadtrat, unserer Meinung nach, nicht frei und unabhängig in seiner Entscheidung. Daher wurde von Sieghard Albert der Antrag zur geheimen Wahl gestellt, welcher abgelehnt wurde.

Nach der Debatte kam es zur Abstimmung, welche wie folgt ausfiel:

12 x Ja

9 x Nein

3 x Enthaltung

Das Bismarckdenkmal auf dem Czorneboh wird also nicht wiedererrichtet. Eine traurige

Entscheidung mit peinlichem Hintergrund, wenn man die Entscheidungswandlung der Stadträte betrachtet.

Ein großer Dank gilt dem Verein „Bautzener Liedertafel – Verein für Liedgut und Heimatpflege e. V.“ und Peter Schulze, welche die Initiative ergriffen, um Spenden für das Denkmal zu sammeln und das Projekt im Stadtrat vorstellten.

Die Zeiten sind hart für heimatverbundene und bodenständige Menschen, welche die eigene Kultur und Herkunft erhalten und ehren möchten. Die Marionetten des Globalismus agieren ohne Pietät und Anstand, um die Nationalstaaten und Völker dieser Erde ihren Interessen zu unterwerfen.

Diesem Kampf stellt sich der heimatliebende Mensch.

Auf das wir gewinnen werden!

Mit patriotischem Gruß!

Paul Neumann

An der Festlichkeit vom Weihnachtsfest vorbei

Eine Genderideologie mit der Ehe für alle kann die Entwicklung der Familie von Mutter, Vater und Kind nicht stoppen. So hat die Evolution Frau und Mann hervorgebracht, damit sich der Mensch vermehren kann, was bei der Ehe für alle nicht unbedingt möglich ist. Die Erfindung eines dritten Geschlechts ist dagegen ein biologischer Unfug für den sich kaum jemand interessiert.

Aber trotzdem machen alle mit?

Respekt und ein großes Dankeschön in dieser schwierigen ungewissen Coronazeit an den Caritasverband der Oberlausitz, der es sich traut, das weibliche Geschlecht an 1. Stelle zu nennen.

Viel Erfolg bei der Fachkräftesuche mit vielfältigen Karrierechancen in der Textilindustrie mit einem X – Geschlecht!

Waltraud Schmidt, AfD-Mitglied

**NICHT INS ALTPAPIER!
Nach dem Lesen weitergeben.**

Polizeieinsatz war unverhältnismäßig – keine Bußgeldbescheide ausstellen!

Zu den Demonstrations-Ereignissen am 29.11.2021 in Bautzen teilen Frank Peschel und Oliver Helbing folgendes mit:

Frank Peschel: „Die Ereignisse rund um die untersagte Demonstration in Bautzen erschrecken und beunruhigen mich. Nach Auswertung unseres Bild- und Videomaterials stelle ich den massiven Polizeieinsatz in Frage.“

Es ist deutlich erkennbar, dass ältere Bürger den Anweisungen der Polizei Folge leisteten und Richtung Rosenstraße liefen. Dort wurden diese von den herbei rennenden Polizeieinheiten aufgehalten und in die Einkesselung getrieben. Zudem zeigen unsere Bilder, dass Menschen mit Kindern und ältere Frauen eingekesselt wurden. Von diesen Personen ging zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr aus.

Daher kritisiere ich den massiven Polizeieinsatz in Bautzen, welcher keinerlei Beitrag zur Eindämmung des Coronavirus leistet. Ich werde die Staatsregierung zum Einsatz anfragen und erwarte, dass bis zur vollstän-

digen Aufarbeitung des Polizeieinsatzes keine Bußgeldbescheide ausgestellt werden.“

Oliver Helbing ergänzt: „Ich werde diesen unverhältnismäßigen Einsatz im Stadtrat zur Diskussion bringen. Mir ist bis auf einen Vorfall, kein Widerstand gegen die Polizei bekannt. Wie die langsam abziehenden Demonstranten über Stunden festgehalten und einzeln von der Polizei zur Personenfeststellung abgeführt wurden, erinnert an schlimme Zeiten.“



Videolink: <https://we.tl/t-fPE2y6F3Fb>

Frank Peschel, Mdl
Oliver Helbing, AfD-Stadtrat in Bautzen



Stehe auf und sei kein Knecht!

Seit Monaten tragen viele Menschen in Sachsen, aber auch in vielen Städten im gesamten Bundesgebiet, jeden Montag ihren Protest gegen die unverhältnismäßigen Corona-Zwangmaßnahmen auf die Straße. In Bautzen, Dresden, Freiberg, Pirna, Leipzig und vielen anderen Städten lassen sich die Menschen nicht entmutigen und demonstrieren friedlich für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung. In den letzten Wochen schlossen sich immer mehr Menschen diesen Protesten an. Immer mehr Menschen

erkennen, dass sie von der Regierung belogen und betrogen wurden, auch solche, die der Propagandameute anfangs glaubten. Der menschenverachtende Ausschluss einer ganzen Bevölkerungsgruppe, der an die dunkelste Zeit in unserer Geschichte erinnert, und die drohende Impfpflicht lässt immer mehr Menschen erkennen, dass wir auf dem Weg in ein totalitäres Regime sind. Das am Freitag im Bundestag verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie“ mit dem wiederum drastische Eingriffe in die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte beschlossen wurden, wird sicherlich dazu führen, dass sich noch mehr Menschen den Protesten anschließen. Die Impfpflicht wurde erst einmal „nur“ für medizinisches Personal beschlossen. Dies ist natürlich ein Testballon, um erstens zu testen, „Stehen die Menschen zusammen, auch wenn es ‚nur einen Teil‘ betrifft“ und zweitens „Gibt es überhaupt Widerstand und wie groß ist er?“ Und natürlich müssen wir uns mit den Menschen solidarisieren, die jetzt zum Impfen gezwungen werden sollen. Nur durch massiven Widerstand können wir verhindern, dass

wir in ein totalitäres Regime abrutschen, in dem Menschen mit Zwang dazu gebracht werden, eine nicht gewollte Behandlung über sich ergehen zu lassen. Die Polizei reagiert in der Zwischenzeit mit besonderer Härte auf diese legitimen Proteste gegen die Aushebelung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Deswegen ist es wichtig, friedlich zu bleiben, sich nicht provozieren zu lassen, aber gleichzeitig auf dem Demonstrationsrecht und dem Recht, die Demokratie und unsere Freiheit zu verteidigen, zu beharren. Ich erwarte von jedem einzelnen Polizisten vor Ort, dass er sich immer wieder vergewissert, ob seine Maßnahmen verhältnismäßig sind. Wenn er nur den leisesten Zweifel hat, erwarte ich, dass er gegenüber seinem Vorgesetzten remonstriert. Die Bürger die für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung auf die Straße gehen, treten für die Freiheit aller Menschen in Deutschland ein, auch wenn sie gerade eine Uniform tragen. Schließen Sie sich unabhängig von Ihrer politischen Grundüberzeugung den Protesten in Ihrer Stadt an, wenn es noch keine gibt, organisieren Sie selbst welche!



Montag ist der perfekte Tag dafür!

Tod auf Raten oder die Zerstörung regionaler Wirtschaftsstrukturen und kommunaler Haushalte

SMWA kappt GFW-Infra-Förderung von 90% auf 50%

In der Sitzung am 06.12.2021 landete als Nachtragstagesordnung folgender Vorschlag der Verwaltung auf dem Tisch der Kreisräte: Der Kreistag sollte entscheiden, ob er für fünf Straßenbaumaßnahmen in den nächsten Jahren 3,325 Mio. Euro mehr zur Verfügung stellt und gleichzeitig zehn weitere auf unbestimmte Zeit verschiebt, da ihre Finanzierung nicht mehr gesichert sei. Auslöser war die Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) vom 09.11.2021, dass aus der bisher „unverbindlich“ zugesicherten 90%-Förderung über GRW-Infra - Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur - nichts mehr wird. Man habe die „Fördergebietskulisse“ ab 2022 von bisher 90% auf 50% geändert, weil das Geld ausgehe. Die Mitteilung war versehen mit einer „freundlichen“ 14-Tages-Frist (!) für die Entscheidung über beizubehaltende Projekte. Dem Landkreis und dem Kreistag wurde buchstäblich die Pistole auf die Brust gesetzt. Damit sind nun 50% statt bisher 10% Eigenmittel für jedes einzelne Vorhaben notwendig und insgesamt können deutlich weniger Vorhaben als geplant umgesetzt werden. Um wenigstens fünf der fünfzehn geplanten und bereits im Doppelhaushalt eingestellten Straßenbau-Projekte bis 2024 umsetzen zu können, waren einerseits kurzfristig überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von

3.325 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen und andererseits zehn Vorhaben auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der Vorschlag der Verwaltung war nachvollziehbar und verständlich. Für die ehrenamtlichen Kreisräte bedeutete es jedoch, die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass das Ministerium den Landkreis vor vollendete Tatsachen stellt. Das ist unzumutbar und macht die Interessenvertretung der Bürger zur Farce! Die Diskussion im Kreistag war durch entsprechendes Unverständnis gegenüber der Förderpolitik oder besser „Nicht-Förderpolitik“ des Freistaates geprägt und reichte von „Nehmen, was man kriegen kann“ bis „Wir können nicht alles mit uns machen lassen“. Tatsache ist, lehnt ein Kreis das „Erpressungs-Angebot“ des Ministeriums ab, stehen andere Kommunen und Landkreise bereit, die das Geld sofort nehmen. Der Sächsische Landkreistag als Interessenvertreter der Landkreise empfiehlt, das Geld zu nehmen und nachher zu reden. Quer durch alle Fraktionen ergab sich folgendes Abstimmungsergebnis: 32x Ja, 19x Nein, 28x Enthaltung. Der Freistaat kennt die angespannte Haushaltssituation der Landkreise und Gemeinden, deren Abhängigkeit von der Förderung und die fehlenden Handlungsoptionen ohne diese Zuschüsse sehr wohl.

Bereits zum Jahresbeginn wurde die 90%-Förderung von Gemeindestraßen (KStB-Förderung) vollständig gestrichen. Hier wurde noch der Landtag einbezogen und traurigerweise fand die Streichung mehrheitlich die Zustimmung der Abgeordneten. Nun folgte der zweite „KO-Schuss“: die Reduzierung der GFW-Infra-Förderung von 90% auf 50% - diesmal einseitig und allein entschieden in den Amtsstuben des Ministeriums - ohne Beteiligung des Landtages. Welche Vorhaben des Landkreises evtl. noch betroffen und welche Umschichtungen von Geldern noch erforderlich sein werden, ist den Kreisräten bisher noch nicht bekannt, das muss sich noch zeigen. Fatal: Mit der Reduzierung bzw. dem Totalwegfall der Förderung werden nicht nur im Landkreis, sondern sachsenweit die Haushaltsplanungen der Gemeinden und Landkreise zerstört sowie die Existenzgrundlage regionaler Straßenbauunternehmen. Das wiederum wird zur Reduzierung der Gewerbesteuererinnahmen und der Kreisumlagen führen und ist ruinös - für die Gemeinden, den Landkreis und das ganze Land Sachsen.

Dr. Frank Hannawald,
Stellv. Fraktionsvorsitzender
AfD-Kreistagsfraktion Bautzen
Stellvertretender Landrat
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg ... oder: Wer sucht, der findet ...

Pulsnitzer Verwaltung spürt 1,2 Mio. Euro auf

Im Mai 2021 hatte der Pulsnitzer Stadtrat mit dem Haushaltsbeschluss 2021 u.a. auf unseren Antrag hin zahlreiche Sperren sowohl bei Einnahmen als auch Ausgaben beschlossen und die Verwaltung beauftragt mit dem Haushaltsentwurf 2022 umfassende Konsolidierungsvorschläge vorzulegen. Hintergrund waren der unausgeglichene, defizitäre Haushalt der Stadt, der Eigenmittelverzehr durch die laufende Verwaltung und die drohende Konsolidierung. Auf Konsolidierungsvorschläge und Haushaltsentwurf für 2022 (gesetzlich vorgesehen im Oktober) wartet der Stadtrat im Dezember trotz Erinnerung immer noch. Jedoch eine erfreuliche Zwischenbilanz zu

den Haushalts-Sperren hat ergeben, dass die Verwaltung ausgaben- und einnahmenseitig bisher insgesamt 1,2 Mio. Euro aufgespürt hat, die nun zum Ausgleich des Haushalts-Defizites, für verschobene Maßnahmen, Mehrkosten der Rathaussanierung und auch für freiwillige Aufgaben zur Verfügung stehen können, z. B. die Sanierung des Stadions. So hatte der Stadtrat im Juli über die 2. Fortschreibung der Sportstättenleitplanung beschlossen, um den Weg für die Sanierung des Stadions zu ebnen. Im Haushalt war das Vorhaben von gesamt 1,5 Mio. Euro einschließlich der dafür vorgesehenen Eigenmittel in Höhe von 150.000 Euro vor-

sorglich gesperrt worden, damit letztere nicht anderweitig verausgabt werden, sondern für eine Förderung zu einem späteren Zeitpunkt erhalten bleiben. Angepasst an die verfügbaren Eigenmittel stand im Juli eine abgespeckte Variante in Rede. Nun kam der TSV mit einem Sanierungsvorhaben von 1,15 Mio. Euro und die CDU-Fraktion mit dem Antrag auf Eigenmittel von bis zu max. 450.000 Euro. Der Förderbescheid des Freistaates über 560.000 Euro dazu ist ein schöner Erfolg für den TSV. Die Differenz soll durch Gelder von TSV und HSV selbst sowie durch Spenden gedeckt werden.

Als Fraktion begrüßen wir die Eigeninitiative und das Vorhaben. Unsere Anträge in der Haushaltsdebatte dienten ja dem Aufspüren von Reserven und Potential auch für freiwillige Aufgaben.

Ob die Verwaltung die drohende Konsolidierung abwenden, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und statt 150.000 nun tatsächlich bis zu max. 450.000 Euro für das Stadion bereitstellen kann, weiß der Stadtrat, sobald die Konsolidierungsvorschläge und der Haushaltsplanentwurf 2022 ff. vorliegen.

AfD-Fraktion im Stadtrat Pulsnitz
www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Fürchtet euch (nicht)!

Die diesjährige weihnachtliche Sondermarke der Deutschen Post zielt das Wort des Verkündigungse Engels aus der biblischen Weihnachtsgeschichte: „Fürchtet euch nicht!“ (Lukas 2:10)

Man könnte meinen, die Deutsche Post ruft zum Durchhalten und/oder Widerstand in diesen, im wörtlichen Sinne, ver-rückten Zeiten auf. Das erfolgt zwar zu hohen Portokosten mit Spenden für (vermutlich zweifelhafte) soziale Projekte – aber immerhin. Ein weiterer Vorschlag für einen Markentext meinerseits - um das deutsch-postalische Feuer nicht verlöschen zu lassen, wäre: „Wachet auf, ruft uns die Stimme“ (EG 147) - ein Gesangbuchlied, welches sich, unter hochaktueller Berücksichtigung der Frauenquote auf das Gleichnis von den klugen und törichten Jungfrauen in der Bibel bezieht.

Dann schlage mein Kämpferherz in unverbrüchlicher Treue für diese Institution.

Als Freund des bürgernahen Gesprächs, würde ich diesen Vorschlag gern persönlich einreichen. Aber wo gibt es noch ein echtes deutsches Postamt, das nicht zu einer Postbank umfunktioniert wurde?

Aber das ist schon wieder ein anderes Thema ...

Carla Nicholson, AfD-Mitglied



Pro-Kopf-Verschuldung in der Gemeinde Ohorn

Die Gemeinde Ohorn gehört zu den Gemeinden des Landkreises Bautzen, welche die höchste Pro-Kopf-Verschuldung hat. Das hat historische Gründe, welche in die Wendezeit zurückreichen. Die derzeitige Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei 1410 €/EW. Die zulässige Grenze liegt in Sachsen bei ca. 850 €/EW. Die Verschuldung liegt in Summe bei etwa 3,4 Mio. Euro. Die Schulden werden mit etwa 10 000 € pro Jahr als Annuitätendarlehn getilgt.

Das bedeutet, dass Ohorn noch über 30 Jahre seine Schulden zurückzahlen muss, was nur funktionieren wird, wenn die Zinsen nicht steigen. Wir sind kein Einzelfall und wäre die Gemeinde ein Unternehmen, müsste sie Insolvenz anmelden.

Das Problem ist, von geplanten Einnahmen von ca. 3,5 Mio. im Jahr 2021, sind nur etwa 17% eigene Einnahmen der Gemeinde. Der Rest sind im wesentlichen Zuweisungen von Land und Bund, welche zweckgebunden sind. An grundlegende Ersatzinvestitionen (z.B. Reparatur von Straßen) ist überhaupt nicht zu denken. Nun stellt sich die Frage, wie geht es in der Zukunft mit der neuen Regierung weiter? Vorgezogener Kohleausstieg bedeutet für Ostachsen den nächsten Kahlschlag nach dem Umbruch vor 30 Jahren. Ersatz soll u.a. ein Bundesamt in Bautzen sein!! Wertschöpfende Arbeitsplätze sind weit und breit nicht in Aussicht. Die CDU hatte vor vielen Jahren noch Ministerpräsidenten, welche wussten, dass nur die Wirtschaft Steuern erwirtschaftet, ein Amt mit Sicherheit nicht! Damit stellt sich natürlich die Frage, wer finanziert demnächst unsere Kommunen? Zu diesen gehört natürlich auch das Landratsamt als Kommunalbehörde.

Christian Träber, Gemeinderat AfD

Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Schirgiswalde-Kirschau



Bis zu ihrem Zusammenschluss Anfang 2011 hatten die drei Orte Schirgiswalde, Kirschau und Crostau jeweils ihre eigenen Wappen. Jetzt hat die Stadt Schirgiswalde-Kirschau ein neues bekommen. „Der geharnischte Schwertarm symbolisiert Stärke, Schutz und Wehrhaftigkeit“, erläutert Frank Jung. Der Arm und die Farben Rot, Weiß (Silber) und Blau stehen für den Ort Schirgiswalde. Kirschau findet sich im Wappen durch die Zinnen wieder, die für die Burg Körse stehen, die einst größte und stärkste Verteidigungsanlage der Oberlausitz. Die Wellen verweisen auf die Wasserburg Kroste und nehmen somit Bezug auf die Ortschaft Crostau. „Zugleich symbolisieren sie die Lage der Stadt an der Spree“, sagt der Heraldiker. Die drei Felder des Wappens, die drei Zinnen und die drei Wellenbögen bringen zum Ausdruck, dass sich drei Orte zur neuen Stadt vereinigt haben. „Die Farben Blau und Gelb als Farben der Oberlausitz weisen auf die regionale Zugehörigkeit hin“, erklärt Frank Jung.

Quelle: Sächsische Zeitung

Spendenkonto:

Alternative für Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband
Bautzen Spende

Impressum:

Alternative für Deutschland

Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilsch
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda